

Wichtige Hinweise

Alle Freunde und Mitarbeiter - soweit ihre Anschriften auf Grund von Teilnehmerverzeichnissen der früheren Tagungen und anderen Unterlagen bei uns vorliegen - werden in den nächsten Tagen noch eine besondere Einladung mit Anmeldekarte zu der vorstehenden Tagung erhalten. Da es jedoch aus technischen Gründen möglich ist, daß dabei nicht alle Interessierten erfaßt werden, bitten wir diejenigen, die bis Mitte April nicht im Besitze einer solchen Einladung sind und nach Worms zu kommen beabsichtigen, die erforderlichen Unterlagen dann umgehend bei der Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bonn, Herwarthstraße 9, Ruf: 5 20 92, anzufordern. Dorthin sind bis zum 3. Mai auch alle sonstigen, die Tagung betreffenden Anfragen zu richten.

Das Tagungsbüro in Worms befindet sich im Städt. Spiel- und Festhaus (I. Stock), 3 Minuten vom Bahnhof. Es ist ab Freitag, dem 6. Mai, von 08.00-23.00 Uhr durchgehend besetzt. Alle Teilnehmer werden gebeten, sich nach ihrer Ankunft in Worms hier einzufinden, um Tagungsunterlagen und Quartierzuweisung in Empfang zu nehmen

ERSTE ERGEBNISSE FAMILIENPOLITISCHER ARBEIT UND WEITERE ZIELE

von Ministerialdirektor Edo Osterloh

Nachdem vor einem Jahr an dieser Stelle ("Evangelische Verantwortung" Nr. 4/54, S. 12 - Die Red.) die Grundsätze umrissen worden sind, die die Arbeit des Bundesministeriums für Familienfragen bestimmen, soll jetzt ein Bericht Auskunft darüber geben, was inzwischen familienpolitisch erreicht werden konnte und wie die eingeleiteten Maßnahmen sich für die einzelnen Familien auswirken.

Wenn an einigen Beispielen gezeigt wird, daß tatsächlich Anfangsergebnisse auf dem Gebiet der Familienpolitik erzielt worden sind, so muß dabei von vornherein das Mißverständnis abgewehrt werden, als beanspruche das Bundesministerium für Familienfragen die alleinige Urheberschaft für diese Erfolge. Vielmehr soll ausdrücklich hervorgehoben werden, daß die korreferierende Initiative des Bundesministeriums für Familienfragen nur deshalb Teilziele erreichen konnte, weil die federführenden klassischen Ministerien, besonders das Finanzministerium, das Arbeitsministerium, das Innenministerium, das Wohnungsbauministerium und andere Ressorts, eine Reihe seiner Anregungen positiv aufgenommen und zu ihren eigenen Anliegen gemacht haben. Auch in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages haben verschiedene familienpolitische Ziele immer mehr Verständnis und schließlich die entscheidende Unterstützung gefunden.

Die beiden wichtigsten familienpolitischen Ergebnisse liegen vor in dem Gesetz über die Neuordnung von Steuern (Steuerreform) und in dem Gesetz über die Auszahlung von Kindergeld und die Einrichtung von Familienausgleichskassen.

Gegenüber dem bisherigen Zustand ist der steuerfreie Betrag für Eheleute von DM 800.- auf DM 900.- erhöht worden. Die Erhöhung des steuerfreien Betrages für das erste und das zweite Kind beträgt je DM 120.- (von DM 600.- auf DM 720.-); für das dritte und jedes weitere Kind ist eine Verdoppelung des Freibetrages von DM 840.- auf DM 1680.- erfolgt. Die praktische Auswirkung dieser steuerlichen Erleichterungen soll nur an zwei Beispielen verdeutlicht werden:

Eine Familie mit vier Kindern bei einem Bruttomonatseinkommen von DM 600.- ist jetzt ganz lohnsteuerfrei geworden, während sie bisher im Jahr DM 220.80 Lohnsteuer bezahlen mußte. Eine Familie mit fünf Kindern bei einem Bruttoeinkommen von DM 800.- zahlt monatlich nur noch DM 2.80 Lohnsteuer (bisher DM 43.15); ihr stehen also jährlich DM 484.20 mehr als bisher zur Verfügung.

Durch diese Steuerreform ist ein erster Schritt getan, um die durch das Aufziehen von Kindern entstehende finanzielle Belastung wenigstens zum Teil steuerlich auszugleichen. Über die tatsächlichen Ausgaben, die ein Kind bis zum Abschluß seiner Ausbildung verursacht, gibt es gegenwärtig immer noch keine ganz präzise Auskunft (Kosten für Nahrung, Kleidung, größeren Wohnraum, Kulturbedarf usw. - Verschiedenheit nach Alter, Gegend, Einkommenshöhe der Eltern usw.). Sie können aber mit rund 20-28% der einem kinderlosen Ehepaar unvermeidlich erwachsenen Ausgaben veranschlagt werden. Wenn man von einer unteren Wohlhabenheitsgrenze ausgeht (gesunde, aber sparsame Ernährung, kein teureres Obst, überwiegend Margarine usw.), wird man sagen können, daß das Aufziehen eines Kindes bis zu seiner Selbständigkeit im Durchschnitt monatlich DM 80.- an Ausgaben verursacht.

Bei der Bemessung der Lohn- und Einkommensteuerhöhe muß jedoch außer der Belastung durch die Kinder auch die Vorleistung durch die indirekten Steuern berücksichtigt werden, die bei der Beschaffung der unbedingt notwendigen Gebrauchsgüter für den Haushalt mitgezahlt werden. Eine Familie mit zwei Kindern bei einem Bruttoverdienst von DM 600.- hat im Monat durchschnittlich bereits DM 90.- an indirekten Steuern für die Bestreitung ihres Lebensunterhaltes aufgebracht. Bei einem Bruttoeinkommen von DM 800.- erhöht sich dieser Betrag auf rund DM 120.-.

Ein steuerliches Entgegenkommen gegenüber den Familien mit drei und mehr Kindern wird unter rein fiskalischen Gesichtspunkten dadurch erleichtert, daß dieser Personenkreis an Lohn- und Einkommensteuer nur 2,9% der Gesamtsteuereinnahmen aufbringt. Die hier gewährten Steuererleichterungen, die ihrerseits wiederum nur einen Bruchteil dieser 2,9% ausmachen, können durch kaum merkbare Veränderungen an anderer Stelle des Steuersystems wettgemacht werden. Das muß um so mehr als gerechtfertigt erscheinen, als die auf diese Weise steuerlich begünstigten Kinder die Steuerzahler und Träger der sozialen Lasten für die Zukunft darstellen.

Durch das Kindergeldgesetz im Zusammenhang mit dem bereits verabschiedeten Kindergeldanpassungsgesetz und dem für die nächste Zeit vorgesehenen Kindergeldergänzungsgesetz wird erreicht, daß in der Bundesrepublik praktisch für jedes dritte und weitere Kind mindestens ein Kindergeld von DM 25.- gezahlt wird. Dieses Kindergeld ist im Gegensatz zu dem Kinderzuschlag zum Gehalt, das der Öffentliche Dienst für jedes Kind zahlt, von Steuern und sozialen Abgaben frei. Es kommt also uneingeschränkt dem Familienbudget zugute.

Die viel kritisierte Regelung im Kindergeldgesetz kann immerhin für sich beanspruchen, daß sie keine Belastung des allgemeinen Staatshaushaltes und damit keine Erhöhung der Steuern zur Folge hat. Der Gedanke eines echten Ausgleichs wird tatsächlich innerhalb der einzelnen Berufsgruppen weitgehend so verwirklicht, daß eine fühlbare Hilfe für die Familien mit mehr als zwei Kindern eintritt, ohne daß die Arbeitsaussichten des Ernährers irgendwie geschmälert werden.

Das Zusammenwirken der steuerlichen Erleichterungen und der Auszahlung des Kindergeldes ergibt für eine Familie mit drei Kindern bei einem monatlichen Bruttoverdienst von DM 500.- immerhin einen Mehrbetrag von DM 37.90 im Monat gegenüber dem bisherigen Zustand. Bei fünf Kindern macht der Mehrbetrag unter den gleichen Einkommensverhältnissen DM 87.90 aus. Mit einem Einkommen von DM 600.- erhöht sich dieser Mehrbetrag bei drei Kindern auf DM 43.05, bei fünf Kindern auf DM 93.05.

So erfreulich die damit erreichte Verbesserung der finanziellen Lage unserer Familien mit Kindern ist, so wenig stellen diese Maßnahmen eine bereits bedenkliche "Bevorzugung" der kinderreichen Familie dar. Die durch die Kinder wirklich entstehende zusätzliche wirtschaftliche Belastung wird gegenwärtig in der Bundesrepublik im Ganzen noch nicht zu 30% durch steuerliche Erleichterungen und Kindergeld aufgefangen. In Frankreich dagegen erfolgt durch staatliche Maßnahmen eine Entlastung um 100%. Wir geben für Kindergeld 0,9% der Gesamtlohnsumme aus, in Frankreich sind es 16%. In welchem bescheidenen Rahmen sich die finanziellen Förderungsmaßnahmen für die Familie mit Kindern in der Bundesrepublik halten, geht aus folgender Übersicht hervor:

Eine Arbeiterfamilie mit fünf minderjährigen Kindern erhält neben dem Lohn des Ernährers als zusätzliche monatliche Barleistung (familienpolitischer Art), umgerechnet auf unsere Währung, in:	Frankreich	DM 450.31
	Belgien	DM 232.70
	Luxemburg	DM 190.53
	Österreich	DM 158.40
	Italien	DM 150.50
	Schweden	DM 97.85
	der Schweiz	DM 81.60
Die gleiche Familie bekommt in der	Bundesrepublik	DM 75.00

Wir halten die französische Lösung nicht für erstrebenswert, können uns aber auch mit unserer gegenwärtigen Regelung nicht endgültig zufriedengeben, sondern vertreten die Ansicht, daß ein vernünftiger Mittelweg gefunden werden muß.

Bei den Verhandlungen über das z.Zt. vom zuständigen Ausschuß des Bundestages beratene neue Wohnungsbau- und Familienheimgesetz konnten im Interesse der Familienwohnung wesentliche Grundsätze zur Geltung gebracht werden. Es braucht nicht mehr wie in früheren Jahren befürchtet zu werden, daß eine Wohnung schon dann als familiengerecht angesehen wird, wenn sie auch nur Raum für einen Kinderwagen bietet; vielmehr ist zu erwarten, daß sich der Grundsatz durchsetzt, als familienfördernd nur eine Wohnung anzuerkennen, die neben dem Elternschlafzimmer von vornherein zumindest im Bauplan zwei Kinderschlafzimmer vorsieht. Die Begrenzung der Wohnfläche und der Zahl der Zimmer wird in Zukunft auf die unabweisbaren Bedürfnisse der Familie Rücksicht nehmen.

Es darf ferner damit gerechnet werden, daß der Familie auch der Bau oder Erwerb eines Familienheims erleichtert wird, indem man die finanzielle Eigenleistung, die unter gewissen Voraussetzungen einen Rechtsanspruch auf öffentliche Kredite ermöglicht, nach der Höhe des Haushaltseinkommens staffelt. Außerdem ist hier für das dritte und jedes weitere Kind ein Familienzusatzdarlehn in Höhe von DM 1000.- vorgesehen. Auf jeden Fall wird in Zukunft die Familie mit Kindern, wenn sie den Willen und die Voraussetzungen zur Eigentumbildung aufweist, eine größere Chance als bisher haben, zum Eigenheim zu gelangen.

In aller Vorsicht und Behutsamkeit ist es gelungen, den Willen zur eigenen Hilfe und damit die Opferbereitschaft in den Familien Westdeutschlands anzusprechen und zu wecken. Im kommenden Sommer werden mehr Kinder als in den vergangenen Jahren einen kostenlosen Ferienaufenthalt als Gast in fremden Familien erleben. Es sei nur angedeutet, daß auf diesem Gebiet auch die gesamtdeutsche Verpflichtung praktisch wahrgenommen wird.

Wegen der schwierigen Situation der Bundesbahn konnte die Einführung eines familiengerechten Verkehrstarifs bisher nicht erreicht werden. Alle beteiligten Instanzen sind sich aber darin einig, daß hier zu Gunsten der Familienerholung eine Angleichung an die Verhältnisse in den Nachbarländern erfolgen muß, sobald sich eine solche Maßnahme wirtschaftlich verantworten läßt. - Im Vorjahr konnten einige erfolgversprechende Ansätze zur Ermöglichung und Erleichterung echter Familienerholung gefördert werden. Es handelt sich jedoch bisher nur um Modellversuche, die keineswegs auch nur annähernd schon die Hilfen geschaffen haben, die es in anderen Ländern für die Familienerholung gibt.

An den Beratungen über die Reform des Ehe- und Familienrechts hat sich das Bundesministerium für Familienfragen ebenfalls laufend beteiligt. Die auf diesem Sektor (Güterrecht, Erziehungsrecht) vorliegende Problematik bedarf aber einer besonderen Darstellung und soll darum hier als Arbeitsgebiet nur summarisch notiert werden.

Die für die Familie sehr belangreichen Fragen der kommenden Sozialreform werden besonders sorgfältig in dem neugegründeten Beirat beim Bundesministerium für Familienfragen untersucht. Diese vorbereitenden Untersuchungen berücksichtigen selbstverständlich auch die Vorarbeiten, die in diesem Zusammenhang bereits vom Bundesministerium für Arbeit und seinem Beirat geleistet worden sind. Gerade die Sozialreform verlangt Maßnahmen, die die Familie in die Lage versetzen, ihren Gliedern auch in Fällen der Gefährdung (Krankheit, Alter, wirtschaftliche Krisen) möglichst weitgehend Schutz und Sicherheit zu gewähren.

Die Frage nach den Nahzielen und unmittelbar bevorstehenden Aufgaben kann also mit dem Hinweis auf die endgültige Fassung und Verabschiedung des Wohnungsbau- und Familienheimgesetzes, auf die Sozialreform und nicht zuletzt auf eine weitere Verbesserung der die Familie betreffenden Bestimmungen der Steuergesetzgebung beantwortet werden. Steuergesetzgebung und Kindergeldgewährung müssen noch mehr als bisher eine finanzielle Stärkung der Familie mit Kindern in den untersten Einkommensstufen herbeiführen. Im Wohnungsbau muß der Anteil der für die Lebensbedürfnisse der Familie mit Kindern ausreichenden Wohnungen erweitert und die Eigentumsbildung erleichtert werden. Die Einführung eines Familientarifs bei der Bundesbahn ist schließlich die unerläßliche Voraussetzung dafür, daß auch die Familie mit Kindern an der Wohltat einer Ferienreise teilhaben kann.

DAS WORT IM DIENSTE DER KULTURPOLITIK

von Werner Schütz

Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

"Ich sage euch aber, daß die Menschen müssen Rechenschaft geben am Jüngsten Gericht von einem jeglichen unnützen Wort, das sie geredet haben.

Aus deinen Worten wirst du gerechtfertigt werden, und aus deinen Worten wirst du verdammt werden."

Matth. 12, 36-37

Im Jahre 1749 überraschte der junge Jean-Jacques Rousseau seine Preisrichter an der Akademie von Dijon, als er auf die Frage: ob die Wissenschaften und die Künste zum Fortschritt der Kultur einen Beitrag geleistet hätten, antwortete: sie hätten die Sittlichkeit, den wahren Geschmack und die Glückseligkeit auf das schwerste geschädigt. - Wir glauben heute zu wissen, wie recht und unrecht zugleich der junge Philosoph mit dieser Antwort hatte.

In ähnlicher Art und Weise könnte man die Frage: ob man das Wort überhaupt in

den Dienst der Kulturpolitik stellen kann und darf, verneinen; denn wie nie zuvor hat das Wort in unseren Tagen in Rede und Schrift die Sittlichkeit, den wahren Geschmack und die echte Glückseligkeit - kurz das, was wir Kultur nennen - gefährdet, sehr häufig zersetzt und vielfach sogar zerstört. In steigendem Maße hat im 18., 19. und 20. Jahrhundert, namentlich in einer nahen, noch nicht überwundenen zwölfjährigen Vergangenheit, das Wort fast größere Verwüstungen angerichtet als alle anderen Handlungen der Menschheit. Und wenn ein moderner Historiker sich dem Plane zuneigte, alle Erschütterungen, alle kriegsrischen Auseinandersetzungen und jeden Niedergang unserer Kultur unter dem maßgeblichen Gesichtspunkt des Mißbrauches des Wortes zu beschreiben, so würde ihm eine solche geschichtliche Systematik kaum schwerfallen und sicher eine endlose Reihe von Belegen zur Verfügung stehen.

Aber dennoch: es heißt ebenso nur die halbe Wahrheit sagen, wie Jean-Jacques Rousseau nur die eine Seite des Sachverhaltes gesehen hat, wenn man in einer Analogie seines Beispiels - er trachtete die Kultur durch die Natur zu ersetzen - dem "Wort" seine wahre Bedeutung nehmen und es durch ein anderes, vielleicht "Tat", ersetzen wollte. Es bleibt dabei, daß von Anfang an das "Wort" war - ich bitte, hier noch nicht an den Beginn des Johannes-Evangeliums zu denken -, und daß es uns vom Beginn der Schöpfungsgeschichte an bis heute als Verständigungs- und Gestaltungsmittel anvertraut ist, genau so anvertraut ist wie die geistigen und künstlerischen Werte unserer Epoche, die zu sichern und zu nutzen die Aufgabe aller kulturpolitischen Bemühungen - der nichtamtlichen ebenso sehr wie derjenigen eines Kultusministeriums - bleibt.

Das in den Dienst der Kulturpolitik gestellte Wort muß, wie ich glaube, eine vierfache Eigenschaft besitzen: es muß wahr, richtig, schön und ehrfurchtsvoll sein.

Das Wort im Dienste der Kultur muß zunächst w a h r sein. Damit spreche ich keineswegs eine Banalität aus; denn die Epoche, in welcher nicht nur recht, sondern auch wahr war, was dem ganzen deutschen Volke vermeintlich nutzte, liegt noch nicht ein Jahrzehnt zurück. Mit brennender Scham sich dieser Epoche und dieses ihres Grundsatzes zu erinnern, ist - da wir alle in gewissem Sinne gemeinsam schuldig wurden - unsere gemeinsame Pflicht.

Die damals im Volke weitverbreitete Scherzfrage: was auf der Treppe liege und lüge, erhielt die vielsagende Antwort: die Zeitung. In einem demokratischen Rechtsstaat kann es bei der Handhabung des Wortes kaum wieder zur absoluten Unwahrhaftigkeit kommen; eine relative Unwahrhaftigkeit ist aber auch heute noch möglich, wenn auch die Schuldform mehr die der Fahrlässigkeit als die des Vorsatzes sein wird. Immerhin: wir geben ein gutes Beispiel, wenn wir uns vor der Öffentlichkeit und vor allem vor unserer Jugend zur Pflicht unbedingter Wahrhaftigkeit in unseren Aufgabenbereichen bekennen.

Sodann soll das im Dienste der Kulturpolitik stehende Wort - wie übrigens jedes Wort - r i c h t i g sein. Damit stellt sich die Handhabung des Wortes ganz schlicht und einfach als eine Sache des Könnens und des Wollens dar.

Wenn heute nicht mehr - schon lange nicht mehr - der Satz aus dem West-Östlichen Diwan zutrifft: "wie das Wort so wichtig dort war, weil es ein gesprochenes Wort war", so dürfen gerade die Anforderungen an diejenigen von uns, die zu schreiben haben, niemals herabgesetzt werden. Die gründliche Kenntnis der Regeln unserer Sprache sollte eine Selbstverständlichkeit bleiben und der Dauerstünder auf diesem Gebiet der verdienten Lächerlichkeit anheimfallen. Um das Wort richtig zu handhaben, ist, wie ich meine, eine ständige Beschäftigung mit den Gesetzen der Sprache notwendig. Ich bekenne hier gern, daß der "Duden" auf meinem Schreibtisch steht - und er gehört, so denke ich, auch noch auf manchen anderen.

Das Wort im Dienste der Kultur soll weiterhin s c h ö n sein. Unsere Sprache gestattet uns durchaus, dieser Forderung auch in der Alltagsarbeit zu entspre-

chen. Friedrich Hebbel mahnt uns in seiner Glosse: "Die deutsche Sprache" mit folgenden Distichen:

"Aber ich finde sie reich, wie irgendeine der Völker,
Finde den köstlichsten Schatz treffender Wörter gehäuft,
Finde unendliche Freiheit, sie so und anders zu stellen,
Bis der Gedanke die Form, bis er die Färbung erlangt,
Bis er sich leicht verwebt mit fremden Gedanken, und dennoch
Das Gepräge des Ichs, dem er entsprang, nicht verliert.
Denn der Genius, welcher im ganzen und großen hier waltet,
Fesselt den schaffenden Geist nicht durch ein strenges Gesetz."

In diesem Zusammenhang sind einem Kultusminister vielleicht zwei Anmerkungen erlaubt:

Es ist bekannt, daß die sogenannte Entnazifizierung der deutschen Bevölkerung in der Anlage falsch gedacht, in der Durchführung politisch und rechtlich unmöglich und im Endergebnis ein völliger Mißerfolg, mehr noch: eine Schädigung unserer jungen demokratischen Staatlichkeit war. Um so mehr müßte - um mit Theodor Heuss zu sprechen - uns allen an einer Entnazifizierung der Sprache gelegen sein.

Ich brauche nicht weiter auszuführen, was darunter zu verstehen ist: Die Lieblingswendungen der Sprache des Dritten Reiches, die ich hier nicht wiederholen möchte, sollen und müssen für immer aus dem Bereich des deutschen Wortes verschwinden. Es handelt sich dabei ebensosehr um eine Stilfrage wie um eine Charakterfrage. Die Beiträge unter dem Titel: "Aus dem Wörterbuch des Unmenschen", die in der "Wandlung" - einer der ersten nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945 erschienenen kulturpolitischen Zeitschriften - veröffentlicht wurden, sind nach wie vor geeignet, uns alle bei dem Bemühen um eine Entnazifizierung der Sprache trefflich zu unterstützen.

Und zum anderen: Wir alle wurden und werden durch sogenannte Sprachreformatoren beunruhigt, die ihrerseits den selbständigen, geheimnisvollen Organismus der Sprache völlig verkennen und anmaßlich wännen, in der Sprache einen Mechanismus sehen zu können, der durch zeitgenössische menschliche Willkür jederzeit "reformiert" werden dürfe.

Die Konferenz der Kultusminister der Bundesrepublik hat sich mit dieser Problematik bereits vor einiger Zeit beschäftigt und die bedenklichsten Vorschläge zurückgewiesen. Noch besser hätte sie allerdings daran getan, den Versuchen vermeintlich verbesserter Rechtschreibung ein scharfes und klares Nein entgegenzusetzen.

Das Wort im Dienste der Kultur soll endlich e h r f u r c h t s v o l l sein.
Börries Freiherr v. Münchhausen schenkte uns im Jahre 1924 eine Ästhetik der Ballade und meinte in ihr unter anderem: wie ungebildet der Gesetzgeber sei, der mit 100 Mark Geldstrafe den belege, der des Nachts ein Standbild anschmiere, mit monatelangem Gefängnis aber den, der einen Groschen aus einer verschlossenen Schublade entwende. Ein wirklich gebildeter Gesetzgeber, so meinte der Dichter - übrigens selbst Doktor juris utriusque -, würde das wesentliche und wertvolle, das allgemeine und schutzlose Eigentum stärker schützen als das Geld, und beim Fortschreiten auf diesem Wege eines Tages mit Gefängnis auch jeden bestrafen, der die großen Kunstwerke unseres Schrifttums zerstöre. Er zielte damit zunächst auf die Verhöhnung, mehr noch: Besudelung höchster Werte der Dichtkunst durch Travestien und Parodien ab.

Ich möchte hier durch zwei kleine Hinweise verdeutlichen, wie sich meine besondere Bitte an die Journalisten, das Wort im Dienste der Kulturpolitik ehrfurchtsvoll zu gebrauchen, versteht:

Ein Kritiker besprach im vergangenen Herbst die Premiere von Friedrich v. Schillers "Der Parasit" im Düsseldorfer Schauspielhaus. Noch ehe das Schillerjahr überhaupt begonnen hatte, konnte dieser Kritiker nicht darauf verzichten,

folgenden Satz zu veröffentlichen: "Für 1955 ist Schiller (150. Todestag) der 'Klassiker vom Dienst'."

Keinem von uns sind solche Jubiläen, wie die der Jahre 1932, 1949 und 1955, eine reine Freude. Aber sie sind doch willkommene Möglichkeiten einer aufrichtigen Kulturpolitik und tragen schließlich auch einige große Gedanken an breite Bevölkerungsschichten heran. Warum also den ewigen Verneinern und Spöttern Wasser auf ihre Mühlen leiten? (In unserem Falle sicher unbewußt, wie ich annehmen möchte.) Der "Klassiker vom Dienst" wird zwar weiter in die Zeiten ragen; aber ein wenig von dieser objektiv ehrfurchtslosen Wendung bleibt haften und wehrt fraglos manchem Suchenden den Zugang zu Bereichen, die sich ihm vielleicht durch die heraufbeschworenen Erinnerungen an Schiller erschlossen hätten.

Das zweite Beispiel: Es gibt Baudenkmäler, die jedem Deutschen, vielleicht sogar jedem Europäer etwas bedeuten: der Kölner Dom, die Frauenkirche in München, der Stephansdom in Wien. Als kürzlich die Wiederherstellung dieses letzteren, nach dem Osten vorgeschobenen christlichen Bollwerkes, das doch wohl eines der ehrwürdigsten Wahrzeichen des Abendlandes ist, gemeldet wurde, glaubte ein Journalist, von einem "make up" des Gotteshauses sprechen zu dürfen. Ich bin davon überzeugt, daß er sich ebenfalls der zersetzenden Ehrfurchtslosigkeit einer solchen Wendung nicht bewußt gewesen ist. Aber wir müssen es aussprechen: Es gibt eine Reihe von Bezirken geistiger und künstlerischer Werte, vor deren mündlicher und schriftlicher Behandlung Besinnung im Sprachlichen nottut.

Ich komme damit zum Abschluß dieser Betrachtung und wiederhole als deren maßgebliches Ergebnis noch einmal: Der Gebrauch des Wortes im Dienste der Kulturpolitik ist vor allem ein Dienst an der Wahrheit. Wir würden im Grunde vergebens nach dem richtigen Wort, dem passenden sprachlichen Ausdruck unserer kulturpolitischen Bestrebungen suchen, wenn wir uns nicht zu gleicher Zeit unablässig bemühten, immer genauer zu sehen und zu hören, immer richtiger zu schließen und zu urteilen und gegenüber diesem Ziele immer kritischer und damit wahrhaftiger zu sein. In den "Maximen und Reflexionen" (Hamburger Ausgabe, Bd.12, S.509) drückt Johann Wolfgang v. Goethe es einmal folgendermaßen aus:

"Nicht die Sprache an sich ist richtig, tüchtig, zierlich, sondern der Geist ist es, der sich darin verkörpert; und so kommt es nicht auf einen jeden an, ob er seinen Rechnungen, Reden oder Gedichten die wünschenswerten Eigenschaften verleihen will: Es ist die Frage, ob ihm die Natur hierzu die geistigen und sittlichen Eigenschaften verliehen hat. Die geistigen: das Vermögen der An- und Durchschauung; die sittlichen: daß er die bösen Dämonen ablehne, die ihn hindern könnten, dem Wahren die Ehre zu geben."

Wenn der größte deutsche Dichter und Denker feststellt, daß die geistige Natur des Menschen gesund sein muß, wenn sein Sprachgefühl in Ordnung sein soll, so darf man umgekehrt auch schließen und behaupten, daß dort, wo die Sprache in Ordnung ist - ich bitte, hier Ordnung nicht äußerlich zu verstehen -, daß dort, wo das Wort wahrhaftig, richtig, schön und ehrfurchtsvoll gehandhabt wird, auch der Mensch in Ordnung ist - auf Grund jener geheimnisvollen Beziehungen, die zwischen dem Wort und dem Wesen des Menschen ebenso bestehen wie zwischen seinem Leibe und seiner Seele.

Und damit streife ich schon die nicht mehr der Welt der Erkenntnis, sondern der Welt des Glaubens angehörende geheime Beziehung zwischen dem "Wort", das - im Sinne des Evangelisten Johannes - von Anfang an war, und dem Wort, das uns als Verständigungs- und Gestaltungsmittel für diese Welt geschenkt wurde. Hier möchte ich abbrechen; denn hier beginnt das Bekenntnis jedes Einzelnen von uns und die Verantwortung vor einem Höheren.

Ich glaube aber, dem, der meinen Gedanken bis hierher freundlich gefolgt ist, mein Bekenntnis über diese letzte Verantwortlichkeit gegenüber dem Wort - dem Wort im doppelten Sinne - schuldig zu sein. Schöner als ich es vermöchte, hat Annette v. Droste-Hülshoff, die große, aus unserem nordrhein-westfälischen Raum

hervorgegangene Dichterin, dieser Verantwortlichkeit, die uns alle bei der Handhabung des Wortes - vor allem im Dienste der Kulturpolitik - beseelen, mehr noch: bedrücken sollte, in der Form eines demütigen Gebetes (in den "Letzten Gaben") Ausdruck verliehen:

"Und Worte sind es doch, die einst
so schwer in deine Schale fallen;
ist keins ein nichtiges von allen,
um jedes hoffst du oder weinst. -
Allmächtiger, der das Wort geschenkt,
doch seine Zukunft uns verhalten,
woll' selber deiner Gabe walten,
durch deinen Hauch sei sie gelenkt."

(aus einer Ansprache vor Journalisten)

NACH DER RATIFIZIERUNG

von Werner v. Lojewski

Mit der Ratifizierung der Pariser Verträge tritt die deutsche Nachkriegspolitik in ein neues Stadium. Welche geschichtliche Bedeutung diese Verträge haben, ist durch die Veröffentlichung der amerikanischen Geheimdokumente über die Yalta-Konferenz eindrucklich klargemacht worden. Diese Dokumente zeigen, wie sich vor zehn Jahren die Welt für die Sieger ansah und von welchem Geiste gegenüber dem deutschen Volk sie erfüllt waren. Es ist bitter, aber auch nützlich, sich das gerade in diesen Tagen nochmals vor Augen zu führen, damit die deutsche Politik die Imponderabilien nicht übersieht, die auch in ihr Verhältnis zu der heute befreundeten Umwelt noch immer eingeflochten sind. Wir sollten uns dadurch immer wieder daran erinnern lassen, welche Grenzen unserer Politik auch in Zukunft noch auferlegt sind.

Gerade der Blick auf die Dokumente von Yalta vertieft also das Bewußtsein für die politische Tragweite der Pariser Verträge: Durch sie erlangt die Bundesrepublik die Souveränität und damit die Handlungsfreiheit; sie ist künftig legitim in der Lage, die deutsche Stimme überall zum Tragen zu bringen. Das andere entscheidende Ergebnis ist die Eingliederung der Bundesrepublik in die Gemeinschaft der freien Völker sowie deren Verpflichtung, die Politik der deutschen Wiedervereinigung zu unterstützen.

In letzter Zeit sind in diesem Zusammenhang Äußerungen im Westen lautgeworden, die auf deutscher Seite Beunruhigung hervorgerufen haben. Man glaubt, aus solchen Äußerungen entnehmen zu müssen, daß es dem Westen mit der deutschen Wiedervereinigung nicht sehr ernst sei und von ihm kraftvolle Anstrengungen in dieser Richtung nicht erwartet werden könnten. Es wird deshalb die vordringlichste Aufgabe der deutschen Politik sein, nach Inkrafttreten der Verträge alles in Bewegung zu setzen, damit Verhandlungen mit der Sowjetunion auch über die deutsche Frage zustandekommen. Die Westmächte müssen sich im klaren sein, was eine Enttäuschung der Deutschen in diesem Punkt bedeuten würde. Je weiter die Zeit fortschreitet, desto stärker wirkt sich der Prozeß der Bolschewisierung in der Sowjetzone aus; er bietet einen schaurigen Anschauungsunterricht für das, was man im Osten unter Koexistenz mit anderen Völkern versteht.

Auf außenpolitischem Gebiet wird es deshalb auch nach der Inkraftsetzung der

Verträge keine Ruhe geben. Das große Thema der deutschen Wiedervereinigung bleibt mit all seinem Gewicht und all seiner Dringlichkeit auf der Tagesordnung der Weltpolitik. Mit der Wirksamkeit der Verträge wird jedoch auch die Frage nach der Entwicklung der Einheit des freien Europas erneut gestellt. Die Westeuropäische Union, die aus dem Brüsseler Pakt hervorgeht, enthält wertvolle Keime und Ansatzpunkte für eine weitere Konsolidierung der europäischen Zusammenarbeit.

Gewiß hat sich in den vergangenen Jahren zu mancher Leidwesen gezeigt, daß die Völker Europas heute noch nicht für die völlige Integration reif sind. Aber die europäische Einheit ist angesichts der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung eine zwingende Notwendigkeit geworden. Sie bleibt ein Ziel, von dem man sich trotz gelegentlicher Rückschläge nicht abbringen lassen darf. Wenn künftig die Truppen der europäischen Völker gemeinsam in einer Front stehen, dann wird auch die politische Zusammenarbeit dieser Völker unerläßlich sein. Nur diese Zusammenarbeit verleiht der militärischen erst ihren eigentlichen Sinn. Es ist wichtig, daß dies auch in Zukunft dem deutschen Volk und allen Völkern Europas eindringlich nahegebracht wird.

Was die Durchführung der Pariser Verträge in der Bundesrepublik angeht, so hat es den Anschein, als wolle die SPD an der Wehrgesetzgebung mitarbeiten. Das wäre zu begrüßen; denn wenn die zweitstärkste Partei in ihrer radikalen Frontstellung gegen die Wiederbewaffnung verharren würde, so wäre dies schlimm für die Verhältnisse in unserem jungen Staat, am schlimmsten allerdings für die SPD selbst. Man muß jedoch abwarten, wie sich die Sozialdemokraten diese Mitarbeit praktisch denken. Bisher ist nur das widerspruchsvolle Rezept Erlers bekannt: den Wehrgesetzen im Sinne der SPD "die Giftzähne auszubrechen", die Verträge dann aber trotzdem abzulehnen.

EIN BUCH, DAS WIR EMPFEHLEN

"BEKENNTNIS UND VERPFLICHTUNG - Reden und Aufsätze
zur zehnjährigen Wiederkehr des 20. Juli 1944"

FRIEDRICH VORWERK-VERLAG, Stuttgart, 176 Seiten, DM 9.80

Tat und Ethos des 20. Juli 1944 haben im Ablauf des deutschen historischen Geschehens zwiefache Bedeutung: eine unmittelbar zeitgeschichtliche für die mitlebende Generation und ihre politische Haltung sowie eine weiterreichende grundsätzliche für die etwa seit dem Dreißigjährigen Kriege in Deutschland ruhende Auseinandersetzung mit der Frage eines aktiven Widerstandes gegen die Staatsgewalt oder - lutherisch gesprochen - die Obrigkeit.

Zeitgeschichtlich sind wir gefordert, zu dem Vorgang des 20. Juli und der ihn tragenden Gesinnung Stellung zu nehmen, sofern wir uns bewußt dem politischen Leben und Schicksal unseres Volkes zugehörig fühlen. Der Vergangenheit gegenüber beinhaltet das zugleich eine Stellungnahme zum NS-Staat, gegen den sich der Aufstand des 20. Juli wandte, der Zukunft gegenüber die Frage, welche verpflichtenden Wirkungen sich für uns aus Gesinnung und politischen Zielen der damals Beteiligten ergeben. Als im Juni 1945 in Berlin die Christlich-Demokratische Union gegründet wurde, gehörten dem Gründerkreis überlebende Mitglieder der Widerstandsgruppen (u.a. Andreas Hermes, Jakob Kaiser, Otto Lenz, Hans Lukaschek, Theodor Steltzer, Paul Graf York) nicht nur an, sondern es wurde bei den Gesprächen um die Gründung dieser in der deutschen politischen Geschichte bewußt neuartigen Partei auch immer wieder auf die politischen Absichten

und den Geist der am 20. Juli beteiligten Kreise als Ausgangspunkt für die Parteigründung hingewiesen.

Die grundsätzliche Aufgabe für unser Staatsverständnis, die aus der Auseinandersetzung mit dem 20. Juli erwächst, berührt sowohl die Staatslehre als auch die Theologie:

Der NS-Staat hat die Fragen nach dem Umfang und den Grenzen des Staates, nach dem rechten Gebrauch der Macht durch die Obrigkeit, sowie nach den Schranken des Gehorsams und nach der etwaigen Pflicht des Staatsbürgers zum Widerstand aufbrechen lassen, denen wir uns stellen und deren Klärung wir erzielen müssen. Im Gegensatz zur katholischen Lehre können wir uns hierbei kaum auf gefestigte Traditionen stützen, sondern müssen versuchen, diese Probleme neu zu durchdenken.

Sehen wir die Vorgänge um den 20. Juli in diesem Rahmen, so gilt es, die Fakten kennenzulernen, vor allem aber die Gesinnungen, Motive und Ziele der Beteiligten. Neben der großen und großartigen Darstellung von Eberhard Zeller ("Geist der Freiheit", Verlag Hermann Rinn) ist dem Rezensenten bisher keine geeignetere Einführung bekanntgeworden als der hier angezeigte Sammelband von Reden und Aufsätzen zur zehnjährigen Wiederkehr des 20. Juli. Ihn eröffnet die Gedenkrede des Bundespräsidenten vom 19. Juli 1954 in der Freien Universität Berlin. Neben dieser Rede erscheint am bedeutungsvollsten der Vortrag, den der Professor für Neuere Geschichte an der Universität Tübingen, Hans Rothfels, einen Tag später in der Evangelischen Akademie Berlin über das politische Vermächtnis des deutschen Widerstandes gehalten hat. Aus dem Kreis der theologischen Redner und Autoren sind Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier, Propst D. Hans Asmussen DD, Pater Odilo Braun O.P., Professor Erwin Steinbach, Universität Tübingen, und Pastor Eberhard Bethge, von den Historikern noch Eberhard Zeller und der überlebende Bruder Stauffenbergs, Professor Alexander Graf v. Stauffenberg, Universität München, zu nennen.

Wir dürfen dem Vorwerk-Verlag für die vorliegende Veröffentlichung, die nur Beiträge von Gewicht enthält, dankbar sein und wünschen, daß alle, die in der Tat des 20. Juli eine Verpflichtung sehen, sie kennenlernen - besonders auch die jüngeren Menschen, für die jene Vorgänge nicht unmittelbares Miterleben waren, die aber um diesen tragischen Schnittpunkt deutscher Geschichte wissen sollten.

Staatssekretär Dr. Walter Strauss

AN UNSERE LESER

Wir machen darauf aufmerksam, dass die "Evangelische Verantwortung" ab April zum Postzeitungsdienst zugelassen ist; das bedeutet, dass sie von jetzt an ohne Umschlag zugestellt wird.

Auf Grund dieser technischen Umstellung erscheint die vorliegende Ausgabe als Doppelnummer für März und April. Ihr sind als Sonderdruck die Referate von Professor D. Dr. Walter Künneth, Erlangen: "Die evangelische Lehre vom Staat" und Professor D. Dr. Martin Redeker, Kiel: "Die evangelische Verantwortung in der Demokratie" auf der 3. Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Wuppertal beigelegt, auf die wir im Zusammenhang mit unserer diesjährigen Arbeitstagung vom 6. - 8. Mai in Worms (s. S. 5 ff. ds. Nr.) besonders hinweisen möchten.

Verlag und Redaktion

Walzen und Hartguß bis 18 t Stückgewicht
liefert in weltbekannter Güte

HERM. IRLE GESELLSCHAFT

mit beschränkter Haftung

DEUZ (Krs. Siegen i. W.)



Im Kreuz-Verlag, Stuttgart
Ist soeben erschienen:

EVANGELISCHES SOZIALLEXIKON

600 Seiten, Gr. Lexikonformat, Leinen DM 38,-

„... ein epochales Werk des Protestantismus“
(D. Dr. v. Thadden-Trieglaff)

Lieferung auf Wunsch bar oder in 6 Monatsraten
à DM 7,- (10% Aufschlag) durch:

BUCH UND BILDUNG, Verlags- und Vertriebsgesellschaft m.B.H.
Stuttgart-W · Rosenbergstraße 113

HERMANN EHLERS

Um dem Vaterland zu dienen
Reden und Aufsätze

176 S. mit 8 Bildtafeln, brosch. 4,20 DM

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln

NAHTLOSE ROHRE

Kesselrohre

20—108 mm ϕ aus legierten und unlegierten Stählen
der Gütestufen I, II und III entsprechend den
Bedingungen aller Klassifikationsgesellschaften

Siederohre 20—108 mm ϕ

Präzisionsstahlrohre 6—90 mm ϕ

Gewinderohre $\frac{1}{2}$ "—4"

Rippenrohre

in Spiral- und Lamellen-Ausführung
in Eisen und Metall, schwarz, verzinkt und gelötet

Rippenrohr-Systeme und Glattnrohrschlangen für Heizung, Kühlung, Trocknung

Rohrbogen

nahtlos von 28—318 mm ä. ϕ

Waggonpuffer / Bremsdreiecke / Kniewellen



u. sonstige Schmiede- u. Preßteile
für den Waggonbau, Bergbau
Fahrzeugbau, Landmaschinenbau
usw. roh und fertig bearbeitet

EISENWERK KRITZLER
WEIDENAU/SIEG



SIEGENER AKT.-GES.

GEISWEID i. W.

Verzinkte Bleche, Stahldacheindeckungen, Stahlhoch- und
Brückenbau. Stahlwellblechbauten jeder Art, insbesondere
Garagen, Fahrradständer und Hallenbauten. Schwere und
leichte Kesselschmiedearbeiten

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN / CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS +

Herausgegeben von Bundesminister Dr. Robert TILLMANNNS · Stellvertretender Vorsitzender der CDU
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN · Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

3. Jahrgang, Nummer 3/4

- Postversandort Bonn -

Bonn, im April 1955

I N H A L T

OFFENER BRIEF	S. 1
JAHRESTAGUNG 1955 DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CDU/CSU	S. 5
ERSTE ERGEBNISSE FAMILIENPOLITISCHER ARBEIT UND WEITERE ZIELE	S. 9
DAS WORT IM DIENSTE DER KULTURPOLITIK	S. 13
NACH DER RATIFIZIERUNG	S. 17
EIN BUCH, DAS WIR EMPFEHLEN	S. 18

OFFENER BRIEF

An die evangelischen Pfarrer und Gemeindeglieder,
die sich in öffentlichen Erklärungen gegen die Pariser Verträge gewandt haben

Die Unterzeichneten, die als evangelische Christen in der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union politische Verantwortung tragen, stehen seit Jahren in besonderer Weise in der Auseinandersetzung mit denjenigen Gliedern der evangelischen Kirche, die einen deutschen Verteidigungsbeitrag ablehnen. Wir haben versucht, das im Geiste der Gemeinsamkeit zu tun, die uns als Glieder einer Kirche miteinander verbindet. Besonders der verstorbene Bundestagspräsident hat sich darum bemüht, und Professor Gollwitzer hat in der Paulskirche versichert, daß ihm dafür Dank über das Grab hinaus gebühre.

Wir beklagen es tief, daß diese gemeinsame Grundlage des Gespräches von denen in Frage gestellt wird, die heute meinen, vom Evangelium her das Verteidigungsrecht unseres Staates verneinen zu müssen. Das widerspricht der Auslegung des Wortes Gottes, wie sie in den Bekenntnissen der Reformation niedergelegt ist. Das widerspricht auch der 5. These der Barmer Theologischen Erklärung, in der es heißt: "Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen." Wenn das nicht mehr anerkannt wird, ist die gemeinsame Glaubensgrundlage unseres Gespräches gefährdet.

Die meisten Erklärungen, die uns zugegangen sind, lehnen jedoch einen deutschen Wehrbeitrag in der gegenwärtigen Situation aus politischen Gründen ab. Wenn wir darüber sprechen, sollten wir uns einig sein, daß wir miteinander die Wiedervereinigung Deutschlands mit allen Kräften wollen, und zwar auf friedlichem Wege. Wir lehnen den Krieg als Mittel zur Erreichung der Wiedervereinigung ab. Die Wiedervereinigung muß erreicht werden durch Verständigung zwischen den Großmächten; es ist Aufgabe der deutschen Politik, dahin zu wirken, daß sie zustande kommt, und zwar so, daß das wiedervereinigte Deutschland nicht unter der Abhängigkeit von einer fremden Macht steht, sondern selbständig nach seinem Wesen, seiner Geschichte und seiner Kultur seine staatliche und soziale Ordnung gestalten und seinen Standort unter den Völkern bestimmen kann.

Es geht daher in erster Linie um die Frage, ob die Pariser Verträge dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen, oder ob sie es verhindern. Die Antwort kann nur aus einer ernsten, gewissenhaften Prüfung der politischen Gegebenheiten der Gegenwart gewonnen werden. Wir haben uns seit Jahren darum bemüht. Die an uns ergangenen Mahnungen zu gewissenhafter politischer Entscheidung wollen wir deshalb nicht beiseiteschieben. Wir glauben aber, berechtigt zu sein, von denen, die anderer Meinung sind, die gleiche gewissenhafte Prüfung zu verlangen. Ermahnungen, die uns nur schlecht verhüllt den Vorwurf der Gewissenlosigkeit machen, lehnen wir ab. Wir müssen vielmehr ernsthaft fragen, ob diejenigen gewissenhaft handeln, die heute behaupten, Verteidigung bedeute Krieg und Wiedervereinigung sei nach Abschluß der Pariser Verträge nicht mehr möglich, und damit dasselbe aussagen wie die sowjetische Propaganda.

Eine der Grundtatsachen der politischen Weltlage seit 1945 ist der expansive Drang der sowjetischen Politik, der sowohl ideologisch als auch machtmäßig begründet ist, und der bereits zur Vernichtung der Freiheit in Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien geführt hat. Es gibt keine zuverlässigen Anzeichen, daß sich diese Politik geändert hat; nur die Taktik wechselt je nach der gegebenen Situation. Zur Erreichung ihrer Ziele

bemüht sich die sowjetische Politik unausgesetzt, die Einigung der westlichen Staaten zu verhindern, ihre Gegensätzlichkeiten zu schüren und auf diese Weise die Kräfte der westlichen Welt zum Zerfall zu bringen. Diese Feststellungen sind keine "billige antisowjetische Propaganda", wie in der Paulskirche gesagt wurde, sondern nüchterne politische Erkenntnis. Wer an ihr vorbeigeht, handelt nicht gewissenhaft.

Wenn diese Politik der Sowjetunion nicht zum Erfolg führen soll, müssen die Mächte der freien Welt, insbesondere die Völker Westeuropas, ihre politische, wirtschaftliche und verteidigungsmäßige Einigung vollziehen. Der Sinn des deutschen Verteidigungsbeitrages ist, durch unsere Mitwirkung die Verteidigungskraft und den Schutz der gesamten westlichen Welt über Deutschland und Europa festzuhalten. Wenn wir diesen Weg gehen, tun wir das wahrhaftig nicht leichten Herzens. Wer unsere Verteidigungspolitik als Aggression bezeichnet, sagt die Unwahrheit. Die Bundesrepublik hat sich im Schlußprotokoll der Londoner Konferenz vom 3. Oktober 1954 ausdrücklich verpflichtet, "die Wiedervereinigung Deutschlands oder die Änderung der gegenwärtigen Grenzen niemals mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen und alle zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten gegebenenfalls entstehenden Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu lösen". Keiner der mit uns verbundenen Staaten denkt an kriegerische Angriffe gegen die Sowjetunion.

Nur wenn die Verbundenheit der freiheitlichen Welt gesichert ist, wird nach menschlichem Ermessen Frieden bleiben, der uns die Freiheit bewahrt. Nur auf Grund der in Frieden gesicherten Freiheit ist eine Verständigung der Großmächte über die Wiedervereinigung Deutschlands möglich. Gewissenhafte Überlegung muß erkennen, daß die freundschaftliche Verbindung zwischen den westlichen Völkern und uns schlechthin die Voraussetzung für die Lösung der deutschen Frage ist. Die Gegner der Pariser Verträge übergehen geflissentlich die Frage, was denn die Folgen sein würden, wenn die Einigung Europas endgültig mißlingen sollte. Die Sowjetunion hätte ihren größten politischen Erfolg errungen, und alles wäre für uns in Frage gestellt. Macht man sich überhaupt klar, daß unsere ganze Diskussion um die Verteidigung nur möglich ist, weil amerikanische, englische und französische Soldaten hier in Deutschland für uns Waffen tragen?

Auch wir wollen, daß es so bald als möglich zu neuen Verhandlungen zwischen den Großmächten kommt. Es ist eine tiefe Verkennung unserer Politik, wenn man uns vorwirft, wir wollten die Sowjetunion durch Drohung zwingen. Wir bleiben aber dabei, daß sich erfolgreiche Verhandlungsmöglichkeiten nur dann eröffnen, wenn die Uneinigkeit des Westens überwunden ist. In diesem Punkte sind sich Amerika, England - einschließlich der englischen Opposition - und Frankreich einig. Wir erinnern daran, daß die Westmächte zuletzt in ihrer Note vom 29. November 1954 für solche Verhandlungen Vorschläge gemacht haben. Zu diesen Vorschlägen hat die Sowjetunion

bis heute nicht Stellung genommen. Noch hält die Sowjetunion an ihrer Hoffnung fest, die nichtkommunistischen Mächte auseinanderzubringen und damit ihre Ziele zu erreichen. Ihr diese Hoffnung nehmen, bedeutet den ersten Schritt zur Wiedervereinigung tun.

Die politische Entscheidung, vor der wir stehen, läßt sich verantwortlich nur treffen, wenn diese Grundfragen gewissenhaft geprüft werden. An der Bereitschaft zu solch nüchterner Prüfung fehlt es weithin. Man tut fast so, als sei die Weltspannung durch die amerikanische Politik und die westliche Aufrüstung verursacht und man geht über die Ziele der sowjetischen Politik leicht hinweg. Dabei ist es Tatsache, daß die Sowjetunion seit 1945 ihre Rüstung unausgesetzt gesteigert hat während die Westmächte erst zögernd nach Ausbruch des Korea-Krieges damit begonnen haben. Und es ist Tatsache, daß die Aufrüstung der Sowjetzone Deutschlands längst im Gange ist. Mit der Verharmlosung der Ziele des Bolschewismus geht Hand in Hand die Abwertung der Grundlagen unserer freien rechtsstaatlichen Ordnung. Wir wollen nicht in einem Staat leben, in dem die Glieder der Jungen Gemeinde verfolgt werden, "Jugendweihen" die Konfirmation ersetzen sollen und junge Menschen gezwungen sind, aus der Not ihres Herzens heraus zu rufen: "Wir müssen lügen!"

Zu den Grundlagen unserer rechtsstaatlichen Ordnung gehört auch die Achtung vor dem Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen. Es muß aber zu einer sittlichen Verwirrung führen, wenn verlangt wird, die Kriegsdienstverweigerung aus politischen und wirtschaftlichen Gründen einer solchen Gewissensentscheidung gleichzusetzen. Das bedeutet Aufhebung der Autorität des Staates und Anarchie. Man darf nicht übersehen, daß sich hinter einer Kriegsdienstverweigerung auch ganz andere Gründe verbergen können: Egoismus, Bequemlichkeit und Verantwortungs-scheu. Wer für das alles den Schutz der Kirche beansprucht, der entwertet die kirchliche Fürsprache in echten Gewissensnöten.

Wer Osten und Westen mit gleichen Worten und gleichen Erwartungen zum Frieden mahnt, erkennt die Lage. Die Machthaber drüben sorgen dafür, daß solche Ermahnungen in ihrem Bereich wirkungslos bleiben, oder mißbrauchen sie zur Propaganda gegen die freiheitliche Welt. Wir wissen uns frei von Haß gegen die Sowjetunion. Wir widerstehen aber ebenso sehr jeder illusionistischen Verharmlosung der Weltlage. Wir können nicht übersehen, daß die entscheidende Bedrohung des christlichen Gewissens heute vom Kommunismus her kommt. Was wir verlangen, ist Prüfung und Unterscheidung der Geister. Auch das gehört zur christlichen Verantwortung in der Politik.

Bundesminister Dr. Robert Tillmanns, MdB, Bonn
Vorsitzender

Bürgermeister Hermann Schneider, MdL, Konstanz
Stellvertr. Vorsitzender

Staatssekretär Dr. Walter Strauss, Bonn
Stellvertr. Vorsitzender

Vikar Dr. Eberhard Amelung, Marburg/Lahn
Oberbürgermeister Ernst Bach, Siegen/Westf.
Professor Dr. Franz Böhm, MdB, Frankfurt/Main
Landrat i.R. Dr. Karl v. Buchka, MdB, Freiburg/Niederelbe
Oberkirchenrat Adolf Cillien, MdB, Hannover
Oberstudiendirektor Ernst Eichelbaum, Wuppertal-Elberfeld
Professor Dr. Otto Heinrich v.d. Gablentz, Berlin-Dahlem
Bundestagspräsident D.Dr. Eugen Gerstenmaier, Bonn
Ministerpräsident Kai-Uwe v. Hassel, MdL, Kiel
Geschäftsführer Friedrich Heinen, Duisburg
Rechtsanwalt Gustav C. Hernmarck, Hamburg
Landrat Walter Jansen, MdL, Schlüchtern/Hessen
Dr. Konrad Kraske, Bonn
Pfarrer Alfons Kreußel, München
Regierungsdirektor Hellmut Lauffs, Düsseldorf
Bundesminister a.D. Dr. Dr. Robert Lehr, Düsseldorf
Werner v. Lojewski, Bonn
Peter Lorenz, Berlin-Tempelhof
Dr. Georg Baron v. Manteuffel-Szoegel, MdB, Koblenz
Schriftleiter Ernst Müller-Hermann, MdB, Bremen
Ministerialdirektor Edo Osterloh, Bonn
Professor D.Dr. Martin Redeker, MdL, Kiel
Dr. Luise Rehling, MdB, Hagen/Westf.
Staatsminister a.D. Dr. Otto Schmidt, MdL, Wuppertal-Elberfeld
Regierungsdirektor Friedrich K. Schramm, Bonn
Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder, MdB, Bonn
Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, MdB, Frankfurt/M.
Kultusminister Wilhelm Simpfendorfer, Stuttgart
Bürgermeister Robert Stauch, MdB, Katzenelnbogen/Taunus
Dr. Viktoria Steinbiß, MdB, Bielefeld
Professor Dr. Hans-Erich Stier, MdL, Münster/Westf.
Staatsminister a.D. Professor Dr. Georg Strickrodt, Darmstadt
Geschäftsführer Hans Strümpfel, Bonn

JAHRESTAGUNG 1955

des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Die diesjährige Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU soll vom 6. - 8. M a i in der Lutherstadt W o r m s stattfinden. Seit der Gründung unseres Kreises, die 1952 in Siegen unter der Leitung von Hermann Ehlers erfolgte, hat sich unsere Arbeit vielfältig entwickelt. Überall im Lande haben sich Männer und Frauen zur Verwirklichung der politischen Verantwortung, die sie als evange-

lische Christen tragen, zusammengefunden und wertvolle Kräfte, vor allem auch in der Jugend, zu lebendiger Wirkung gebracht. Um unsere monatlichen Briefe, die "Evangelische Verantwortung", hat sich der Kreis aktiver Mitarbeiter ständig vergrößert. Und unsere Jahrestagungen 1953 in Hannover und 1954 in Wuppertal haben der Arbeit in gemeinsamer Besinnung neuen Antrieb gegeben. Von ihnen sind aber auch starke Impulse für das öffentliche Leben in der Bundesrepublik ausgegangen.

Unsere gesamte Arbeit ist von der Einsicht bestimmt, daß das Bewußtsein gemeinsamer politischer Verantwortung seit 1945 in unseren Gemeinden zwar lebendig ist, aber immer noch um Klärung und Festigung im Grundsätzlichen ringt. Deshalb haben wir uns in Wuppertal um das evangelische Verständnis von Staat und Politik bemüht. In Worms wollen wir daran weiterarbeiten. Das Gesamtthema

"C H R I S T U N D V A T E R L A N D"

stellt uns die Aufgabe, die Gegebenheiten und Werte der deutschen Geschichte mit den Notwendigkeiten der Gegenwart so zu verbinden, daß unser politischer Auftrag festere Gestalt gewinnt. Auf diese Weise wollen wir mit dazu helfen, daß unser Volk die Gefährdung, die aus der Katastrophe von 1945 und aus der Spaltung unseres Staates erwachsen ist, nicht gleichgültig hinnimmt, sondern in tätigem gemeinsamen Bemühen überwindet.

Auch in Worms wird das Schwergewicht der Tagung in der bewährten Gruppenarbeit liegen. Unter dem Thema: "Unser Volks- und Staatsbewußtsein" sollen Grundsatzfragen unserer politischen Existenz behandelt werden. Die beiden anderen Arbeitsgruppen: "Unsere Verteidigungspflicht" und "Unser Auftrag für Gesamtdeutschland" werden sich mit aktuellen Gegenwartsfragen befassen, die uns angesichts der Auseinandersetzungen in den evangelischen Gemeinden in besonderer Weise aufgegeben sind.

Wir treffen uns in Worms zum ersten Male seit dem Heimgang von Hermann Ehlers. Aus dem Vermächtnis, das er uns hinterlassen hat, erwächst unsere gemeinsame Verpflichtung für Volk und Staat. Dieser Verpflichtung wollen wir uns in Worms mit neuer Bereitschaft stellen.

Alle Freunde und Mitarbeiter werden darum herzlich zur Teilnahme an dieser 4.Tagung unseres Arbeitskreises eingeladen.

Dr. Robert Tillmanns

Vorsitzender

T a g u n g s p r o g r a m m

Freitag, 6. Mai 1955

15.00-16.30 Uhr

Europäischer Hof, Sitzungszimmer
Kaiser-Wilhelm-Straße

Pressekonferenz

Leitung: Bundesminister
Dr. Robert Tillmanns, Bonn
(besondere Einladung)

17.00-18.30 Uhr

Städt. Spiel- und Festhaus,
Wintergarten (vorderer Raum)
Eingang Bahnhof- oder Rathenau-
straße (3 Minuten vom Bahnhof)

Sitzung des Bundesarbeitskreises
(besondere Einladung)

19.30-20.30 Uhr

Städt. Spiel- und Festhaus,
Wintergarten

Zum Gedächtnis von
D. Dr. Hermann Ehlers

Film- und Tonbandaufnahmen
Geleitworte: Oberkirchenrat
Adolf Cillien, MdB, Hannover

21.00 Uhr

Städt. Spiel- und Festhaus,
Wintergarten

Begrüßung und zwangloses Beisam-
mensein der bereits anwesenden
Tagungsteilnehmer

Sonnabend, 7. Mai 1955

9.00-12.00 Uhr

Städt. Spiel- und Festhaus,
Mozartsaal
Eingang Bahnhof- oder Rathenau-
straße (3 Minuten vom Bahnhof)

Erste Plenarversammlung

1. Eröffnungsansprache:

Bundesminister
Dr. Robert Tillmanns

2. Grußworte

3. I. Hauptreferat:

"Unser Volks- und Staatsbe-
wußtsein"

Professor
Dr. Otto Heinrich v. d. Gablentz,
Berlin

II. Hauptreferat:

"Unsere Verteidigungspflicht"

Wolf Graf v. Baudissin, Bonn

Beachten Sie bitte
die Hinweise am Schluß
dieses Programms

13.30-15.00 Uhr

Führungen durch die Stadt

15.30-19.30 Uhr

Johanniterhof, Großer Saal
Haardtgassee

Café Bergold, Rheingoldsaal
Stephansgasse

Städt. Spiel- und Festhaus,
Wintergarten

Sonntag, 8. Mai 1955

08.00 Uhr
Magnuskirche
Weckerlingplatz

10.00-12.00 Uhr
Tagungsstätten wie am Vortage

14.00-16.30 Uhr
Café Bergold, Rheingoldsaal
Stephansgasse

17.00 Uhr
Marktplatz
(bei gutem Wetter)
oder
Jahnturnhalle
(bei schlechtem Wetter)

Tagung der Arbeitsgruppen

1. Gruppe

Thema: "Unser Volks- und Staatsbewußtsein"

Leitg.: Professor
Dr. Erich Kaufmann, Bonn

2. Gruppe

Thema: "Unsere Verteidigungspflicht"

Leitg.: Ministerialdirektor
Edo Osterloh, Bonn

3. Gruppe

Thema: "Unser Auftrag für Gesamtdeutschland"

Leitg.: Staatssekretär
Dr. Walter Strauss, Bonn

Gemeinsamer Gottesdienst

Predigt: Oberkirchenrat Professor
D. Volkmar Hertrich,
Hamburg

Tagung der Arbeitsgruppen

Fortsetzung und Abschluß

Zweite Plenarversammlung

Berichterstattung der Arbeitsgruppenleiter und Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse

Öffentliche Kundgebung

mit

Bundestagspräsident
D. Dr. Eugen Gerstenmaier

Bundeskanzler
Dr. Konrad Adenauer

Bundesminister
Dr. Robert Tillmanns